

Gemeinsamer Weg gesucht

22.11.2011

EUROPA. Energieversorgung ist längst keine rein nationale Angelegenheit mehr. Auch die EU-Behörden setzen sich intensiv mit den neuen Herausforderungen für die E-Wirtschaft auseinander.

Fragen der Energieversorgung, die bis vor nicht allzu langer Zeit von der EU als rein nationale Angelegenheit betrachtet wurden, rücken derzeit ins Zentrum der Politik der Gemeinschaft. Klimaschutz, Sicherheit der Versorgung, Krisenabwehr und Diversifikation der Rohstoffquellen sind die Treiber der Entwicklung.

Weitgehend abgeschlossen ist dagegen die Liberalisierung des europäischen Strommarkts – sie ist heute ein Faktum. Hier gilt es nur noch, bis 2014 die Binnenmarktpakete im nationalen Rahmen umzusetzen.

Dazu kommen jedoch neue Herausforderungen: Die Bürger Europas müssen mit kostengünstigem Strom versorgt und der Umwelt- und Klimaschutz müssen großgeschrieben werden. Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz müssen gleichzeitig im Auge behalten werden. Österreichs E-Wirtschaft ist sich der daraus entstehenden Verantwortung bewusst und hat dazu in ihrem Zukunftsprogramm konkrete Vorschläge unterbreitet.

Mit den „20/20/20 Zielen“ des Energie- und Klimapakets wurden für alle EU-Staaten ambitionierte Vorgaben beschlossen. Zusätzlich ließ die EU-Kommission den politischen Ankündigungen der Staats- und Regierungschefs eine Reihe legislativer Vorschläge folgen. Die Energieeffizienz-Richtlinie verfolgt ein wesentliches Ziel für die Energieversorgung der Zukunft. Der gewählte Ansatz, die Verantwortung für die Steigerung der Effizienz beim Endenergieeinsatz verpflichtend den Energievertriebsunternehmen oder Verteilnetzbetreibern aufzubürden, erscheint allerdings nicht zweckmäßig. Diese Strategie trägt weder den Stromverbrauchstrends Rechnung noch den faktischen Gegebenheiten.

Stromverbrauch wird steigen

Gerade weil in vielen Bereichen Strom die effizientere Lösung darstellt – beispielsweise durch den Einsatz von Wärmepumpen anstelle von Heizungen, die fossile Energieträger nutzen, oder durch E-Mobilität – wird der Stromverbrauch steigen. Eine Beschleunigung der Einführung von Smart Meter, wie seitens der EU-Kommission gefordert, ist ebenfalls nicht sinnvoll, weil noch keine internationalen Standards festgelegt sind. Österreichs Energie hat in der Vergangenheit mit freiwilligen Vereinbarungen sichtbare Erfolge erzielt und plädiert daher dafür, die Verantwortung für Effizienzmaßnahmen beim Staat anzusiedeln. Dieser verfügt sowohl über Regelungskompetenz als auch über entsprechende Förderinstrumente, um beispielsweise die Dämmung des Altbestands an Gebäuden zu beschleunigen.

Zweckmäßig und sinnvoll erscheinen aus Sicht der E-Wirtschaft die Ansätze der EU-Kommission zum Infrastrukturausbau, die seit dem 19. Oktober die Verhandlungsgrundlage für Rat und Europaparlament als Mitgesteuer bilden. Gerade der Erneuerbaren-Ausbau in ganz Europa – mit Sonnenenergie aus dem Süden, Wind aus dem Norden und der grünen Batterie im Alpenraum – benötigt starke Netze, die den Anforderungen der Dezentralisierung gerecht werden. Die EU-Kommission hat in ihren Vorschlägen den Speichertechnologien einen besonderen Platz eingeräumt. Das zeigt, dass man sich seitens der EU einen



Im europäischen Strombinnenmarkt werden rund 500 Millionen Menschen über das europaweit verbundene ENTSO-E-Netz versorgt. 50.000 Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 670 GW speisen Strom in dieses Netz ein. Die Stromerzeugung ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich strukturiert. Österreich setzt auf Wasserkraft und thermische Energie, Frankreich auf Atomkraft. Deutschland hat hohe Anteile an Strom aus Kohlekraftwerken – und zunehmend aus Windkraft. Im europäischen Stromverbund können die einzelnen Länder zudem ihre Stärken ausspielen. Österreich verfügt über 17,5 Prozent der europäischen Pumpspeicherkapazität. Während im Norden Europas eine hohe Windkraftleistung herrscht, bietet Südeuropa beste Voraussetzungen für Solarkraftwerke.

umfassenden Überblick über die technologischen Möglichkeiten und Herausforderungen einer nachhaltigen Stromversorgung verschafft hat. Eine stabile Infrastruktur ist zudem das unverzichtbare Rückgrat eines europäischen Binnenmarkts für Strom.

Lehren aus der Finanzkrise

Regelungen, mit denen die EU ihre Erkenntnisse im Gefolge der weltweiten Finanzkrise umsetzen will, stehen ebenfalls in engem Zusammenhang mit dem Strombinnenmarkt. Die Bemühungen der Kommission, durch Maßnahmen gegen überbordende Spekulation und durch strengere Transparenzvorschriften die Märkte zu stabilisieren, gehen jedenfalls in die richtige Richtung. Die E-Wirtschaft plädiert jedoch für eine Unterscheidung zwischen Finanz- und Strommärkten, damit es im Stromhandel zu keiner Überregulierung oder finanziellen Überforderung kleinerer Marktteilnehmer kommt. Österreichs E-Wirtschaft nimmt transparent am Handel mit Strom in Europa teil und hat ihre Bereitschaft erklärt, die Anforderungen zur Informationsübermittlung zu erfüllen.

EU-Kommissar ruft zum Handeln auf

Der Ausbau der Infrastruktur, die Wende hin zu erneuerbaren Energieträgern und die Sicherung der europäischen Energieversorgung waren das Thema eines Trendforums im österreichischen Parlament, das von Österreichs Energie veranstaltet wurde.

Vorrangige Ziele

EU-Energiekommissar Günther Oettinger skizzierte in seinem Impulsreferat vor den Parlamentariern die wichtigsten Schritte für Europa. Dabei verwies er auf die Dringlichkeit, den europäischen Energie-Binnenmarkt wie geplant bis 2014 zu vollenden und die Infrastruktur zügig auszubauen: „Wenn wir nichts tun, fallen wir zurück. Nur wer das Ruder in die Hand nimmt, kommt in der richtigen Richtung voran.“ Oettinger hat dabei drei vorrangige Ziele im Auge: Die Versorgungssicherheit der Menschen mit Energie zu gewährleisten, nachhaltig mit Ressourcen umzugehen und die internationale



EU-Energiekommissar Günther Oettinger beim Trendforum. (Foto: Parlament)

den aus Sonne oder in Ländern mit natürlichen Holzvorräten aus Biomasse, benötigen wir dafür eine arbeitsteilige und dezentrale Struktur“, betonte Oettinger.

Parallel dazu müssten die Pumpspeicherkraftwerke ausgebaut und die Energieeffizienz weiter erhöht werden. Nur so könne Europa gemeinsam eine Energiestruktur aufbauen, die die Vorteile aller Regionen inkludiere, so Oettinger.

Finanzielle Herausforderung

Das wird massive Investitionen erfordern – der Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber ENTSO-E rechnet bis 2020 mit einem Volumen von bis zu 28 Milliarden Euro. Die Netzbetreiber wird dies vor große finanzielle Herausforderungen stellen, für die entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden müssten, um ihnen eine entsprechende Sicherheit für die enormen Investitionen zu bieten, so der EU-Kommissar abschließend.

Wettbewerbsfähigkeit Europas als größtem Energiemarkt der Welt zu stärken. Um diese Ziele umzusetzen, sei vor allem eines notwendig – eine neue, paneuropäische Infrastruktur, die auch für den Erfolg der Wende hin zu den erneuerbaren Energien entscheidend sein wird.

Dem Ausbau der Stromnetze kommt dabei eine tragende Rolle zu. „Wenn Strom im Norden künftig aus Wind kommen soll, im Sü-